

durch wird einem vielseitig laut gewordenen Bedürfnis abgeholfen.

Fast alle größeren Städte des Reiches hatten in Errichtung von Realschulen gewetteifert, nur in Krakau war man zurückgeblieben. Warum aber gerade hier eine solche Anstalt so noththue und welche Vortheile biete, das hebt der warme und gediegene Aufruf des Magistrats in schönen und beberzigen Worten hervor. Es war ein glücklicher Gedanke von Seiten des Magistrats und seines Präsidenten Seidler, der sich der Sache befonders warm annimmt, für diesen edlen Zweck, dessen Tragweite eine unermeßliche ist, die Theilnahme der ganzen Bevölkerung hiesiger Stadt wachzurufen. Es lässt sich mit Zuversicht erwarten, daß nach Anordnung des Unterrichtsministeriums zur Bestreitung der Kosten der Localitäten, der Einrichtung, der Lehrmittel, der Schuldienerschaft und der Beheizung dieser vollständigen Realschule ein Localfond gegründet werden soll, daß die Bewohner Krakau's dieser Einladung freudig folgen und zu diesem Fonde bereitwillig, jeder nach seinen Kräften, beitragen werden; je größer und allgemeiner die Beheizung von Seiten der Stadt, desto vollständiger wird die zu gründende Anstalt ihre wichtige Bestimmung erfüllen können.

Wir wünschen dieser öffentlichen Subscription, die bereits begonnen hat, von Herzen einen guten Fortgang. Die Commune selbst ist bereits, wie wir hören, mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie eine namhafte Summe zugesichert hat, darin nicht zurückstehend hinter den Stadtgemeinden z. B. von Lemberg oder Brünn, die sehr viel für ihre Realschulen leisten. Wohl zu erwägen ist übrigens, daß die vom Magistrat genannte Summe von 8000—9000 fl. Conv.-Münze nur das unerlässliche Minimum darstellt, dessen die Anstalt benötigt, um ins Leben gerufen zu werden; möge das Erträgnis der Sammlung selbst das Maximum erreichen! möchten doch namentlich edle Freunde der Bildung, die der Himmel mit zeitlichen Gütern gesegnet, durch Zuwendung größerer Beträge sich bei Mitt- und Nachwelt ein Denkmal wahren Verdienstes und nie versiegender Dankbarkeit errichten!

Ist der Bestand der vollständigen Realschule gesichert, dann wird auch die eigentliche technische Lehranstalt selbst reorganisatorisch in Angriff genommen werden können. Denn daß die Technik in Krakau weiter bestehen wird, obwohl man hier und die einzigen Zweifeln begegnet, das scheint uns ohne alle Frage zu sein. Nach den Absichten des Unterrichtsministeriums ist die Errichtung von Realschulen vorzugsweise dort ange deutet, wo höhere technische Lehranstalten schon bestehen, weil die vollständigen Realschulen eben die Bestimmung haben und in ihrer Einrichtung darauf berechnet sind, nebst der selbstständigen Bildung, die sie zu gewähren haben, auch umfassend für die höheren technischen Studien vorzubereiten. Da nun in Krakau eben der schon bestehenden technischen Lehranstalt wegen auf die Errichtung einer Realschule befonders gedrungen wurde, so ist es von selbst klar, daß die Technik in dieser Gliederung als die Spitze dieser Anstalten fortbestehen wird. Wir brauchen auch nicht zu sagen, daß dies der allgemeine Wunsch in Krakau ist! und warum sollte, da Lemberg schon längst die Realschule nebst der Technik besitzt, dasselbe Verhältniß nicht auch in Krakau statt finden? Nur darum, glauben wir, wird es sich handeln, dieser Anstalt, die ohnehin schon durch die Errichtung der vollständigen Realschule in ihrem jetzigen Bestande eine Aenderung erleiden muß, einen den übrigen Lehranstalten des Reiches analoge und den speciellen Bedürfnissen unseres Kronlandes und unserer Bevölkerung entsprechende Einrichtung zu geben. Fraglich kann es erscheinen, ob die gegenwärtig mit der Technik verbundenen Schulen der Malerei und Sculptur und der Musik, die streng genommen nicht dazu gehören, in ihrem bisherigen Verbande verbleiben werden. Daz man es hier ebenfalls gerne sähe, könnten wir bestimmt versichern; vielleicht läßt sich auch hier irgend ein entsprechendes Auskunftsmitte treffen. —

Wien, 27. Mai. Die Gerüchte, daß das k. k. Cabinet durch die jüngste Antwort des k. dänischen Gouvernements in der Sache der Herzogthümer Holstein und Lauenburg ganz zufriedengestellt sei, dürften in zweifacher Hinsicht mit einiger Vorsicht aufzunehmen sein. Es stützen sich diese Gerüchte auf die mit mehr oder weniger Bestimmtheit ausgesprochene Meinung, daß man in Kopenhagen Willens sei, dem Ansinnen

Oesterreichs und Preußens in der beregten Angelegenheit ganz und gar Rechnung zu tragen. Diese Meinung beruht jedoch, gutem Vernehmen zu Folge, auf einer irrgen Vorauflösung. Alles, wozu man in Dänemark bereit ist, beschränkt sich nach vorliegenden über einstimmenden Mitteilungen im wesentlichen darauf, daß man den deutschen Herzogthümern einen revidirten Entwurf der Verfassung für die besonderen Angelegenheiten Holsteins zur Ausführung vorlegen will. Wie

man es in Kopenhagen mit der Domänenfrage zu halten Willens ist, was geschehen wird, wenn die Stände sich gegen die Gesamtverfassung, so weit die Recht der Herzogthümer berührt sind, aussprechen, ob man den Wünschen der Landesvertretung, die eine mehr ständische als constitutionelle Wirksamkeit hat, Beachtung schenken, und in welcher Weise man die etwa von Seite der Herzogthümer angekommenen Modifikationen in das Werk setzen wird, über all das liegen ganz und gar keine Unhaltspunkte vor, und es ist also vorerst abzuwarten, ob und wie weit die eventuellen Concessionen der dänischen Staatsmänner eine Erfüllung der von den deutschen Großmächten im Interesse der Herzogthümer und zur Wahrung der Rechte des deutschen Bundes formulirten Forderungen sein werden. Bestenfalls stehen also die Dinge so, daß ein Weg eingeschlagen ist, der möglicher Weise zu einer im deutschen Sinne befriedigenden Lösung führen kann, allein diese Lösung selbst ist noch nicht vorhanden, und schwierig wird sie immerhin sein, denn es ist nicht zu erkennen, daß die bloße Existenz der heutigen Gesamtverfassung mit der aufrechten Wahrung der historischen Rechte der Herzogthümer schwer zu vereinigen bleibt. Allein das Gerücht ist allem Anschein nach auch in dem Sinne unbegründet, als es zu der Vermuthung Anlaß geben könnte, unser Cabinet habe seine Befriedigung über die jüngste dänische Größnung in Kopenhagen aussprechen lassen, oder beabsichtige überhaupt dies zu thun. Ein einseitiger Vorgang ist nicht wahrscheinlich.

Oesterreich ist in der Frage der Herzogthümer bisher Hand in Hand mit Preußen gegangen und wird das wohl auch künftig so halten. Eine Rückäußerung wird von Wien aus kaum erfolgen, ehe man sich mit der k. preußischen Staatsregierung in das Vernehmen gesetzt und deren Anschaungen in Erfahrung gebracht hat.

Wien, 27. Mai. Die Donaufürstenthümefrage befindet sich einstweilen noch in einem Stadium der Verwickelung, welches den beteiligten Mächten jedenfalls noch bedeutende Schwierigkeiten machen wird. Was Preußen betrifft, so ist es Willens, zunächst abzuwarten, bis die näher beteiligten Mächte eine gemeinsame Grundlage zur Verständigung über die den Donaufürstenthümern zu gebende Neorganisation festgestellt haben. Bisher scheiterte die Lösung dieser Aufgabe an der noch unausgeglichenen Spaltung der Parteien je nach den Principien der Union und des status quo, so wie an den Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb dieser Standpunkte nicht allein in Bezug auf die von Frankreich neuerdings befürwortete Verwirklichung der Union unter Abstandnahme von der Begründung eines erblichen Thrones, sondern auch hinsichtlich der Institutionen zur Ausführung des einen oder des anderen dieser Pläne, mehr oder weniger schroff einander gegenüberstehen. Muß im Hinblick auf diese Zustände die Hoffnung schwinden, die Donaufürstenthümefrage auf dem Wege der Spezialverhandlungen zwischen den beteiligten Mächten gefördert zu sezen, so erscheint es als ein dringendes Bedürfnis, die im Friedensvertrage für ihre Lösung an die Hand gegebenen Anordnungen dem Einfuß jener Parteien zu entziehen. Der Jahrestag des Friedensvertrages liegt hinter uns, ohne daß die Commission, welche die Grundlage des Neorganisationswesens entwerfen soll, ihre Sitzungen eröffnen könnte. Die Verhandlungen über die Zusammensetzung der Commission, der ihr zur Seite zu stellenden Divans, über das Verhältniß beider Faktoren wurden durch Einmischungen jenes Prinzipientreites verzögert. Kann eine Regelung im Sinne des Friedensvertrages gelingen, wenn die jetzige Bewegung in der Moldau und Walachei wegen der Wahlen für die Divans ad hoc durch Agitationen seitens der in jenen Streit verwickelten Parteien aus dem naturgemäßen Geleise gebracht wird? Die Mächte scheinen diese Frage in ernste Erwägung zu nehmen. Nach den Äußerungen der Commissare der Bukarester-Conferenz sind die Mächte dahin übereingekommen, daß der Wahl-

bewegung jede auswärtige Agitation fern zu halten sei, wiewohl auch in diesem Punkte die Verschiedenheit ihrer Standpunkte hinsichtlich der anzuwendenden Mittel hervortritt. Die Türkei sucht den sichersten Schutz der öffentlichen Meinung in den Donaufürstenthümern in einer Occupation derselben durch ein türkisches Armeecorps, ist aber mit dieser Offerte seitens der übrigen Mächte auf den entschiedensten Widerstand gestossen.

v. R. Pest, 26. Mai. [Die Reise Ihrer Majestäten.] Obwohl in meinem letzten Berichte schon die Hauptmomente der Allerhöchsten Reise von Jásberény nach Szegedin erwähnt worden sind, so glaube ich doch den Wünschen Ihrer Leiter zu entsprechen, wenn ich heute noch einiges aus derselben nachtrage. Zuvördeßt gebe ich Ihnen nach der „Pest-Dinner-Zeitung“ eine Beschreibung des prächtigen Kopspuks (Parta), welchen die Bewohner von Jásberény Ihrer Majestät der Kaiserin überreichten: Die Haube ist aus weißem Sammt, reich mit Gold gestickt und am Scheitel mit einer goldenen Krone geschmückt. Letztere ist im gothischen Styl gehalten, durchbrochen und auf das Zierlichste und Kunstvollste gearbeitet. Um den Reif der Krone befinden sich vorn und rückwärts je eine große schöne Perle, ein Rubin und ein Smaragd, die so in kostbarster Weise die Landesfarben darstellen. Rückwärts hängt von der Haube in zwei Flügeln, deren jeder 5 Ellen lang ist, ein zehn Ellen langer, reich mit Gold gestickter Blondenkleider herab; die zwei üblichen Bänder, die ebenfalls rückwärts herabhängen, sind jedes weiß und blau. Dieses schöne Huldigungszeichen macht, wie den wackern Gebern auch der ungarischen Kunst alle Ehre, da Haube und Krone in Pest angefertigt wurden, und zwar in einer Weise, wie man sie in den renommiertesten Ateliers des Auslands nicht besser erwarten konnte.

Bis an die Grenze also des Szaziger Gebietes geleiteten, wie schon angeführt, die Bandierer der Szaziger und Kumanier Ihre Majestäten. Von da ab begleiteten Allerhöchstdieselben nicht weniger kriegerisch ausschende Reitertruppen bis an die Grenze des Pest-Solter-Komitats und dies wiederholte sich in allen Komitats-Gebieten bis nach Szegedin, nur daß sie sich gegenseitig durch die Pracht der Empfangsdecorations und durch die Art und Weise des Ausdruckes ihrer Huldigung zu überbieten trachteten. So waren z. B. im Pest-Solter-Komitate bis zum Czegleder Bahnhofe zu beiden Seiten der Straßen in Zwischenräumen von etwa je 100 Schritten Komitats-Einwohner mit Fahnen aufgestellt, die beim Vorbeifahren Ihrer Majestäten geschwenkt und gesenkt wurden. An allen Haltpuncten waren Triumphbögen errichtet und die Bahnhöfe so schön, wie es nur die Umstände erlaubten, decorirt. Aller Orte wurden Ihre Majestäten von den Spiken der Communal-Behörden und der angesehenen Bewohner durch feierliche Anreden begrüßt; wo bei ich besonders hervorhebe, daß Se. Majestät fast überall in ungarischer Sprache auf die feierlichen Anreden, die an Allerhöchstdieselben und Seine erhabene Gemahlin gerichtet wurden, zu antworten geruhte. Freudenrufe und Kanonenschüsse verkündeten am 24. d. M. gegen 2 Uhr Nachmittags die Ankunft Ihrer Majestäten in Szegedin. Die Stadt prangte in ihrem schönsten Schmucke. Überall sah man farbige Säulen mit Fahnen und Wappen. Auf dem Kirchenplatz waren unter Anderen zwei acht Klafter hohe Masthäuser mit den kaiserlich österreichischen und den ungarischen Nationalfarben geschmückt, am oberen Ende den k. k. Doppeladler, darunter das ungarische Landeswappen und weiter darunter das Familienwappen des Baron Sina. Da ich jedoch die Feierlichkeiten in Szegedin in meinem letzten Briefe ziemlich ausführlich dargestellt, so beschränke ich mich hier, nur die Geschenke zu erwähnen, welche Ihre Majestät bei Allerhöchstthaler Anwesenheit überreicht wurden. Eines derselben bildete ein großes Laib Brot (Szegedi cipó), dann (der von uns bereits beschriebene) 200 Loth schwere in byzantinischem Style angefertigte silberne Kochkessel (tanya bogrács). Den Beschluß des Abends machte ein Ihren Majestäten dargebrachter Fackelzug, an dem sich sogar auch Damen aus den höheren Ständen beteiligten. Nachdem hierauf am 25. schon des Morgens um 1/2 Uhr Se. Majestät die Garnison hatte exerciren lassen, später in ehe Militär- und Civil-Etablissements in Augschein nahm und die Schugdamme der Theis auf einer Flussfahrt besichtigt hatte, setzten Ihre Majestäten Aller-

höchst Ihre Reise nach Großwardein fort und langten um 5 Uhr Nachmittags in Gyula an. Heute um 2 Uhr Nachmittags meldet der Telegraph, daß Ihre Majestäten in Großwardein angekommen sind.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. Mai. Nach dem neuesten am 26. d. in Öden ausgegebenen Bulletin nähert sich die Krankheit der durchlauchtigsten Erzherzogin Sophie mehr einer glücklichen Lösung. Die Besserung dauert ungezügt an, die Nacht war ziemlich ruhig, so auch der Schlaf.

Aus Großwardein wird vom 27. tel. berichtet: Gestern Abends besichtigten Ihre k. k. Majestäten auf einer Umfahrt die Stadtbeleuchtung, während welcher an mehreren Orten Feuerwerke abgebrannt wurden. Eine auf heute anberaumte Militär-Revue mußte wegen Regen unterbleiben. Um 9 Uhr war solenne Grunsteinlegung des Bahnhofes, hierauf besuchten Se. Majestät der Kaiser die gr. katholische Kathedrale, visitirten die Aemter, Anfalten, Spitäler und Gefängnisse, ließen im Hof des Castells die Truppen unter Waffen treten und geruheten dieselben zu besichtigen. Ihre Majestät die Kaiserin beglückt mit Allerhöchstihrem Besuch die Greche, die Kinderbewahranstalt und die Ursulinerinnen. Um 2 Uhr ertheilten Se. Majestät der Kaiser zahlreiche Audienzen, sonach wohnten Ihre k. k. Majestäten einem sehr belebten Volksfeste bei, auf jedem Schritte vom Jubel begleitet. Heute ist wieder großes Hof-Diner, Abends städtischer Ball, Morgen früh 6 Uhr Weiterreise nach Debreczin. Ihre Majestäten befinden sich vollkommen wohl.

Die aus dem Botivkirchen-Baufonde vom 1. November 1856 bis Ende April 1857 bestrittenen Auslagen, belaufen sich nach dem von der k. k. nied. österr. Staats-Buchhaltung veröffentlichten Detail-Ausweis auf 264,235 fl. 21 1/2 kr. Das Vermögen des Botiv-Kirchenbaufondes beträgt demnach mit Ende April d. Jahrs noch 1.116,796 fl. und 34.722 fl. an Staats- und Privatschuld = Papieren, nebst verschieden, theils zugesicherten, theils realisierten Widmungen.

Im k. k. Minzamte herrscht eine außerordentliche Thätigkeit; alle Prägestocke sind mit Anfertigung der neuen Vereins-Scheidemünzen beschäftigt.

Se. Em. Kardinal Haulik, Erzbischof von Ugram, traf am 23. d. in Berlin ein, wo er sich eine kurze Zeit aufzuhalten gedenkt. Den Tag nach seiner Ankunft fuhr der hohe Kirchenfürst im Ornate nach Potsdam, um dort den hohen Herrschaften seine Besuche zu machen.

Frankreich.

Paris, 25. Mai. [Tagesbericht.] Der König von Bayern machte heute dem Prinzen Jerome, dem Prinzen Napoleon und der Prinzessin Mathilde seine Besuche. Die beiden kaiserlichen Prinzen erwiederten den Besuch des Königs sofort. Der Prinz Jerome war zum Empfang Sr. baierischen Majestät eigens von seinem Schloss Villegenis nach dem Palais Royal gekommen. — Der Constitutionnel enthält heute eine lange Correspondenz aus Nantes über die dortige Ankunft des Großfürsten und dessen Besuch der Werkstätten des Indret. Der Großfürst erschien dort ohne alle Ceremonie. Er trug eine Marine-Mütze und dicke Reiseschuhe. Er stützte sich auf einen dicken Knotenstock und hinkte (in Folge seines Falles in Fontainebleau). Der russische Prinz verweilte ungefähr 2 1/2 Stunde in den Werkstätten und besichtigte Alles mit der größten Aufmerksamkeit. — Der Ausschuß des gesetzgebenden Körpers zur Prüfung des Gesetzentwurfes über die Bank von Frankreich hat ein Amendement gestellt, das dahin geht, der Bank die Erlaubnis zur Errichtung von Aponts zu 50 Fr. zu ertheilen, und ein zweites, dem zufolge der Tresor nur 3 pCt. Zinsen den von 90 Millionen bezahlten soll, die ihm die Bank vorstellt. Der Staatsrat soll sich mit beiden Zusatz-Artikeln einverstanden erklären haben. — Obgleich über die Theilnahme der Opposition an den Wahlen noch sehr viele Unklarheit herrscht, so bietet die Liste der Franche-Comté doch einiges Interessenswertes. Danach würden General Cavaignac in Douai, Garnier Pages in Valenciennes, Jules Favre in Lyon, Havin und Carnot (nach Anderen aber statt des ersten Cavaignac) in Paris, Marie im Departement der Yonne, Senard im Pas-de-Calais, Barthélémy, früher Mit-

gehoben". 2) „Durch Sich ist Er da und alle Dinge verdanken Ihm allein ihr Dasein“. Uebrigens sprach Beethoven fast nie über seine religiösen Ansichten und ließ sich noch weniger auf Verhandlungen über die Lehren ein, welche die christlichen Glaubensbekennnisse trennen.

In seinen politischen Meinungen war Beethoven nicht minder eigenthümlich. Plato's Republik war für ihn die vollkommenste Regierung; er hielt diese Ansicht hartnäckig fest und ließ nicht den geringsten Widerspruch dagegen aufkommen. Als Bonaparte erster Consul wurde, war unser Meister überzeugt, es werde nun eine Republik nach Art der platonischen in Frankreich eingeführt werden; er wollte dem jungen Helden und Gesetzgeber durch Widmung einer Symphonie seine Verehrung bezeigen. (Befannlich riss er jedoch die Widmung in Stücke, als in Wien die Nachricht ankam, Napoleon werde den Kaiserthron annehmen.) Daz Beethoven ein Republikaner im antiken Sinne war, läßt sich begreifen; er las neben Shakespeare, Goethe und Schiller Nichts so eifrig, als die Claviger der Griechen und Römer in deutschen Übersetzungen. Aber daß der platonische Staat sein Ideal blieb, ist um so bemerkenswerther, als er sich auch um die Neuzeit bekümmerte und namentlich jeden Tag die Allgemeine Zeitung durchlas. Wie er über den Umgang mit Großen dachte, wissen wir aus der von Bettina erhaltenen Anekdoten und anderen Geschichten. Als man

ihm die Wahl zwischen einem Orden und einem Geschenk von fünfzig Dukaten anheimstelle, zog er das letztere vor. Gewiß nicht aus Geiz; seine Börse stand Verwandten und Freunden stets offen. Beethoven war nicht eben reicher als Mozart, obwohl dieser wenig einnahm und viel ausgab, Beethoven aber viel Geld verdiente und für seine Person wenig brauchte. Die fünfzig Dukaten waren ihm lieber als ein Orden, wie ihm ein Mittagessen im Wirthshaus lieber war als an einer fiktiven Tafel, wo er in Frack und Handschuhen hätte erscheinen müssen. Die Maßregeln der Regierungen sprach er als Unzufriedener und Biele nennen ihn daher einen Demokraten.

In seinen musikalischen Urtheilen war Beethoven gewiß genial, aber nach dem Urtheil der Kenner mitunter oft grillhaft und ungerecht. Ueber die höchsten Lehren der Kunst äußerte er sich nicht gern; „die Religion und der Generalbas“, sagte er, sind zwei Dinge über die man nicht sprechen muß.“ Wenn er sich gleichwohl darauf einließ, so that er es in wenigen, knappen Worten und nie mit jenem lächerlichen Schwulse, den Bettina ihm andichtet. Seiner Verachtung gegen die Regeln gab er zuweilen den stärksten Ausdruck. Als Ferdinand Nies ihm einst bemerkte, er habe in dem G. moll-Quartett zwei verbotene Quinten gefunden, fragte der Meister: „Wer hat sie verboten?“ Nun, war die Antwort: Marpurg, Kirberger, Fuchs, alle Theoretiker ohne Ausnahme! „Einerlei! Ich erlaube sie.“

Ulibisoff führte aus den Schriften von Seyfried und Schindler mehrere Aussprüche des Künstlers an, um sie weitläufiger zu erörtern. Wir beschränken uns hier auf die Mittheilung von zweien derselben.

Die Zauberlöte nannte Beethoven Mozarts größtes Werk; in diesem allen habe er den deutschen Meister gezeigt. Der Don Juan, sagte er, habe noch den italienischen Schnitt; auch sollte sich die heilige Kunst nie zur Folie für ein so skandalöses Sujet erniedrigen.

Schon völlig taub, wohnte er einer Vorstellung des Barbiers von Sevilla bei. Da er nichts davon verstanden hatte, so verschaffte er sich die Partitur der Oper, las sie von Anfang bis zu Ende durch und erklärte nachher: Rossini würde ein großer Componist geworden sein, wenn sein Lehrer ihn öfter geprügelthatte. — Ueber die Frage, ob Beethoven je geliebt habe und welcher Art seine Liebesverhältnisse gewesen, geben uns die Biographen auffallend rätselhafte und widersprechende Andeutungen. Seyfried sagt, Beethoven habe nie eine Liebschaft gehabt; Wegeler erklärt, er sei nie ohne eine Liebe gewesen, und die Frauen, die er liebte, haben den höheren Clasen der Gesellschaft angehört. Schindler sagt, Beethoven habe inmitten aller Verstüppungen zeitlebens eine wahrhaft jungfräuliche Scham bewahrt, und sich nie eine Schwäche vorzuwerfen gehabt.

P. Scudo widmet die erste der Skizzen aus der musikalischen Welt, die er unter der Aufschrift: „Le chevalier Sarti“ gesammelt und seinem Freunde Meyerath, eine lebhafte, geistvolle, blonde junge Schöne; sie

beer gewidmet hat, einziger der Beantwortung der Frage, ob und wie Beethoven geliebt habe; er hält es für thöricht zu glauben, daß der Schöpfer der Cis moll-Sonate und der A Dur-Symphonie die dolcamenti der Leidenschaft nur vom Hörensagen gekannt habe. Er erzählt alle Verhältnisse Beethovens, die hierauf Bezug haben, und reiht von seinen übrigen Lebensumständen so viel an als zur Erläuterung dienen mag.

In Bonn lebte die Familie von Breuning, ausgezeichnet durch Gaben des Glücks wie durch Bildung und feine Sitte; bei derselben fand der junge Beethoven stets die gültigste Aufnahme und Erholung für seinen heftigen Sinn und seine ungestüme Einbildungskraft. Er besuchte dieses Haus fast täglich, bald um eine neue Composition dort hören zu lassen, bald auch um sich der Verstüppung, die ihn schon damals umging, zu entreissen. Man hörte ihn mit Wohlwollen an, man ermunterte ihn, man war mit Geduld und Nachsicht beobachtet zu erheitern. Mitunter blieb er ganze Wochen weg; sobald er aber wieder erschien, kam man ihm ohne Gross entgegen. Im Kreise dieser Familie, bei der gebildete Personen sich zu gemüthlicher Unterhaltung zu vereinigen pflegten, entwickelte sich Beethovens Vorliebe für Geselligkeit im höheren Sinn; hier bildete sich auch zuerst sein Urtheil über deutsche Dichter und Schriftsteller. Zu den Besuchenden gehörte Johanna von Hon-

glied der constituirenden Versammlung, und Bosselot im Departement Eure-et-Loire als Candidate aufgestellt werden. — Dem „Nord“ wird geschrieben, von wohl unterrichteter Seite werde versichert, daß nach den Wahlen eine kleine Session von vierzehn Tagen erfolgen dürfe, um die Prüfung der Vollmachten vorzunehmen und einige wichtige Gesetze zu erledigen, die man einer der Auflösung nahen Versammlung nicht vorlegen wolle. — Nachdem der Rücktritt des Grafen d'Argout als Bank-Gouverneur eine vollbrachte That-sache ist, wird jetzt auch der des Unter-Gouverneurs Gautier als bevorstehend bezeichnet und Herr Andouillier, der jenseit General-Inspector der Finanzen, als dessen Nachfolger genannt. Dieser ist Verfasser einer Schrift über die in der Finanz-Verwaltung nötigen Reformen und gilt überhaupt für einen Reformer, während Herr von Parieu mehr ein kalter, gemanderter Geschäftsmann ist. — Der neue spanische Gesandte für Petersburg, Herr Sturz, wird mit seinem Gesandtschafts-Perjona-le auf der Reise nach der russischen Hauptstadt am 2. Juni in Paris eintreffen. — Die Nationalgarde von Aranches ist durch Kaiserliches Decret aufgelöst worden. Es ist das erste Mal seit der Wiederherstellung des Kaiserreichs, daß die Regierung Gelegenheit hatte, eine derartige Maßregel zu decreieren. — Die französische Akademie hat eines ihrer berühmtesten Mitglieder, den Herrn Graf von Chambord einen seiner Lehrer verloren. Am Sonnabend starb auf seinem Landhause in Sceaux ganz plötzlich der große Mathematiker Augustin Louis Baron v. Cauchy, er war ein hoher Sechziger, aber in voller Kraft. Längere Zeit leitete er die Erziehung des Prinzen, den er nachher als seinen König stets verehrt hat, in der letzten Zeit beschäftigte er sich viel mit der „société des écoles chretiennes dans l'Orient“. Arago hielt unendlich viel von Cauchy und wies bei dessen Bewerbung um Aufnahme in das „bureau des longitudes“ jeden andern Bewerber mit der einfachen Erklärung zurück: „Cauchy bewirbt sich — ich sage Ihnen, Cauchy bewirbt sich.“ — Das Journal des Chemins de fer hat eine Verwarnung wegen seines in seiner letzten Nummer (23. Mai) enthaltenen Boden-Bulletins erhalten. Wie es in dem betreffenden Erlaß heißt, „verleumdet dieser Artikel die Absichten, welche die Note des 9. März 1856, das Gesetz über die Commanditgesellschaften, das Decret über die Taxe für den Eintritt an der Börse, die kürzlich erlassenen Eisenbahn-Concessionen und das Project über die Bank von Frankreich dictirt haben, und bemüht sich, der Regierung die Verantwortlichkeit für die Verlegenheiten zuzuschreiben, welche in den Geschäften aus den Excessen des Spiels und der Speculation entstehen können, während im Gegen-theil alle genommenen Maßregeln den Zweck gehabt haben, denselben einen Bügel anzulegen.“

Der Fall des Herrn Thurneyssen, Verters des gleich-namigen Administrators des Credit Mobilier schreibt man der „A. A. Z.“ trifft vorzüglich die Börse, hat aber mit dem Bankgeschäft und dem Handel wenig zu thun. Der Administrator Thurneyssen verliert dabei eine bedeutende Summe; der Credit mobilier jedoch ist

der Erida gänzlich fremd. Das Misstrauen ist aufge- regt und stellt insbesondere Herrn Millaud unter eine harsche Überwachung. Es ist nicht möglich die hierüber umlaufenden Gerüchte zu wiederholen. Ich be- schränke mich auf die einzige allgemein geglaubte, nichtsdestoweniger aber unverbürgte Mittheilung, daß Millaud vergebens die Aushilfe des Credit mobilier angesucht, seinen Häuserbeiz stark verhypothecirt und eine Masse von Südbahnactien verkauft hat, wodurch die Course derselben gestern außerordentlich fielen. Herr Mirès läßt sich in seinem Unmuth zu schweren Anklagen hin- reisen. Er behauptet heute im „Journal des Chemins de fer“ er habe im vorigen Jahre hochgestellten Personen, außerhalb der allgemeinen Reparirung, Actien der Markelei Häfen zukommen lassen, wobei sie 25,000 — 80,000 Fr. gewonnen. Sie sind — fährt er fort — daran gewöhnt unter dem Schutz einer achtbaren Stellung, alle neuen Unternehmungen auszu- beuten, und wenn sie sich einmal in diefer einträglichen Industrie gehindert finden, so behaupten sie man be- stehle sie. Zu jeder Zeit würde das Publikum eine solche Denunciation mit Begierde aufgegriffen haben.

Der blinde Eiser, mit welchem die französische Presse zu Gunsten der Donaufürstenthümer agitirt verleitet sie zu ungerechten Beschuldigungen und Forderungen. Für die Unionisten verlangt sie volle Freiheit in der Kundgebung ihrer Meinung, den Separatisten macht sie jeden Versuch auch ihren Ansichten Geltung zu verschaffen zum Vorwurf. Als Beleg für die „intolerante Politik“

war aus Köln gebürtig und verbrachte alljährig einige Monate in dem ihr befreundeten Hause zu Bonn. Sie war klein und zierlich von Wuchs, dabei von einnehmendem Wesen und sehr unterrichtet; sie spielte vorzüglich und sang mit Geschmack. Beethoven, der für sie noch ein Kind war, widmete ihr die lebhafte Neigung. Sie freute sich des Ungestüms, durch das er seine Verwirrung verriet; sie horchte gern seinen Improvisationen auf dem Klavier, durch die er sie in nachdenkliches Träumen versetzte, ja zu Thränen rührte. „Das von der Liebe entzündete Genie vergift den Unterschied des Alters nicht minder als des Ranges und Vermögens.“ Ja, obwohl Fräulein von Kornath die Braut eines Mannes war, den sie später auch heirathete, obwohl sie zehn Jahre mehr zählte als der junge Künstler, lauschte sie doch nicht ungestraft seinem Spiel, in welchem sich Kummer und unbestimmte Hoffnung aussprach. Der Knabe, der bereits einer der bewundernswertesten Improvisatoren war, die es je gegeben, entfaltete sich mächtig unter dem Einfluß der wachsenden Leidenschaft; Johanna war natürlich weit un- befangener als er. Am Tage, da sie das Haus Breuning verlassen sollte, um nach Köln zurückzukehren, nahm sie von Beethoven Abschied mit den drei Zeilen eines bekannten Liedes:

Mich heute noch von Dir zu trennen
Und dieses nicht verhindern können,
Ist zu empfindlich für mein Herz!

vielen Negotiation und Notirung zugelassen. Sie fielen von 25 und 28 Fr. Prämie auf 10 und 18 Fr. Herr Pereire hatte die sechs bedeutendsten und geschicktesten Courtiers berufen, und sie aufgefordert für die russischen zu thun, was sie für die römischen gethan haben, um sie hinauf zu bringen. Die Courtiers verlangten dafür dieselben Vortheile die ihnen Mirès bewilligt habe. Pereire erklärte ihre Forderung für übertrieben, und seinen Entschluß, die russischen ihrem Schicksal zu überlassen.

Großbritannien.

London, 26. Mai. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung ward ein Theil des Heer-Budgets im Comite ohne Abstimmung votirt. Aus Anlaß der Vorlegung des Berichtes über den Beschlüß des Hauses, die Notirung der Prinzess Royal betreffend, stellte Coningham den Antrag, das vom Parlament bewilligte Jahrgehalt von 8000 £. auf 6000 £. herabzusehen. Die Abstimmung ergab 14 Stimmen für und 328 Stimmen gegen dieses Amendment. Maguire stellte hierauf einen Antrag welcher gegen das Jahrgehalt nichts einwendet, jedoch die Aussteuer von 40,000 £. verweigert wissen will. Diese Motion ward mit 361 gegen 18 Stimmen verworfen.

Im Oberhause kam die Entscheidungs-Bill im Comite zur Sprache, und es wurden einige Amendments gestellt. Beim Schlusse der Sitzung war die Debatte noch zu keinem entscheidenden Ergebnis ge- dien.

Italien.

Nom, 21. Mai. Das römische Leibhaus Monte di Pietà und seine Filiale haben während des vierwöchentlichen Aufenthaltes der Kaiserin-Mutter von Russland ganz unerhörte Geschäfte gemacht, da das Volk sich einbildete, Ihre Majestät werde alle Pfänder unter einem Scudo ihm einlösen lassen. Das ist nun zwar nicht geschehen. Dagegen hat Ihre Majestät gegen 6000 Bettgesuche um Unterstützung ohne Ausnahme mit kleineren oder größeren Gnadenweisen be- dacht. Ueberhaupt aber setzte dieser kaiserliche Besuch und der anderer ihm gefolgter russischer Magnaten-Familien während eines Monats bei 2.000.000 Uhr. in Umlauf. Dabei nehmen die vielen angekaufte Kunstdgegenstände die erste Stelle ein; aber auch der bloße Artikel Blumen, welche für die Kaiserin, ihr Gefolge und andere russische Fremde aus Gärten und Villen zur Stadt kamen, lautet auf mehr als 1200 Thaler. Die Kaiserin verließ diesen Morgen Rom bestem Wohlsein und fuhr nach Civita Vecchia hin- über, um sich nach Genua einzuschiffen. — Der heilige Vater wurde bereits in Perugia vom Erzherzog Karl von Toscana im Namen des Großherzogs begrüßt und zu einem Besuch nach Florenz eingeladen. Wenn der Papst in Bologna ist, will der Großherzog persönlich ihm aufwartet, die Einladung nach seiner Hauptstadt zu erneuern. Es ist wahrscheinlich, daß Se. Heil-

ihr folgen wird.

Spanien.

Madrid, 20. Mai. Der heftige Kampf, der im Senate durch den Antrag des Herrn Calogne herbeigeführt wurde, dauerte auch in der gestrigen und heutigen Sitzung noch fort. Mehrere Generale gaben persönliche Erklärungen über die Ereignisse des Jahres 1854. Narvaez gab die wiederholte Erklärung, die Regierung wolle ihrem Programme treu bleiben, alleine ein Ende zu machen; alle Generale hätten ihre Vergessenheit gethan und er hoffe, daß Hass und Groll diesem Wunsche sich angeschlossen, als General Rivero sich erhob, um sich gegen jede Befreiung zu ver- wahren. Noch ist kein Ende dieser Klagen und An- klagen, Ausfälle, Gebässigkeiten und Persönlichkeiten schreiblich und nimmt mit jeder Sitzung zu.

Donau-Fürstenthümer.

Der blinde Eiser, mit welchem die französische Presse zu Gunsten der Donaufürstenthümer agitirt verleitet sie zu ungerechten Beschuldigungen und Forderungen. Für die Unionisten verlangt sie volle Freiheit in der Kundgebung ihrer Meinung, den Separatisten macht sie jeden Versuch auch ihren Ansichten Geltung zu verschaffen zum Vorwurf. Als Beleg für die „intolerante Politik“

Gleichwohl vermählte sie sich mit dem österreichischen Hauptmann Carl Greth, der am 15. October 1827, ein halbes Jahr nach Beethoven, als Feldmarschall und Inhaber des dreizehnten Linienregimentes (Schluß folgt.)

Bermischtes.

„(Blauer Montage.) Im Bege der Bezirksbehörden wurde das bestehende Verbot des Abhalens der sogenannten blauen Montage seitens der Geiseln zur Darnachachtung in Erinnerung gebracht. (Großartige Maßfertigung.) Aus Zirl in Tirol wird dem „Tir. B.“ geschrieben: Unsere Maßfert. Erte ist vorbei und ziemlich ergiebig ausgefallen, indem 104 Star (½ Mezen) dieser schädlichen Thiere eingeliefert und verübt werden. Das Quantum der einzuliefernden Käfer wurde nach der Steuer bemessen und von sämmtlichen steuerpflichtigen Parzellen — eine einzige ausgenommen — richtig abgeführt. Beim ganzen Betrieb fand eine lobenswerthe Genauigkeit und Strengheit statt, selbst das kleinste Betreifnis (das kleinste Maßl. d. i. der 32ste Theil eines Stares) mußte genau geliefert werden. Eine sonderlich im heißen Wasser tüchtig gebrüht, und dem Anschein nach ganz tot, fingen selbe an sich allmählig wieder zu regen, sowie sie eine Zeitlang den Strahlen der Sonne ausgesetzt waren; man sah sich deshalb den Strahlen der Sonne ausgesetzt waren; man sah sich deshalb genötigt, die Käfer Star für Star auf den festen Boden mittels eines hölzernen Stockels förmlich zu stampfen, um sie ja genügt getötet zu wissen. Ueberausche Reputate erlangt man in der That, wenn man die Menge der Käfer berechnet. Man zählt zu diesem Zwecke ein Achtel Star getöteter Käfer und fand, daß derselbe nicht weniger als 1400 dieser Thiere enthielt. Das gestrichene Star wurde demzufolge 11,200 Käfer fassen. Da nun 104 Star eingeliefert worden sind, so geben diese 1,164,800 Maßfert. Nehmen wir nun an, die Hälfte davon wä-

der moldauischen Regierung wird jetzt folgende That-sache, welche sich in Tassy zugetragen, angeführt. Herr Istratti, der unter der Regierung des Herrn Baltsch einige Zeit lang Minister der öffentlichen Arbeiten war, hatte eine Petition an den türkischen Commisär ge- richtet, worin die Separatisten die Vortheile schilderten, welche sie in der Aufrechthaltung einer getrennten Re- gierung zu sehen glaubten. Man hätte diesem Schrift- stücke wenig Wichtigkeit beigelegt, wenn man nicht ge- wußt hätte, daß es die Billigung der Regierung erhal- habe, ja sogar einigermaßen ihr Werk war. Man sam- melte Unterschriften in höchst auffallender Weise selbst von Amtspersonen, welche zu Gericht saßen. Bei einer solchen Gelegenheit kam die Petition abhanden, und am nächstfolgenden Tage machten die Namen der Unterschriebenen die Runde im Publikum. Sobald der Gerichtspräsident den Unterschleif bemerkte, ließ er die Thüren des Gerichtslokals sperren, um alle An- wesenden einer Untersuchung zu unterwerfen. Einer der Anwesenden hatte die Geistesgegenwart, ein Stück Papier aus der Tasche zu ziehen es zu zerreißen und die Stücke davon aus dem Fenster zu werfen mit dem Rufe: „Holet jetzt Euere Petition wieder.“ Jeder be- eilte sich, Stücke davon zu sammeln, die Thüren öffneten sich, und Dank der entstandenen Unordnung konnte sich der wirkliche Besitzer der unterschlagenen Petition aus dem Staube machen. Bei Zusammenstellung der aufgesammelten Papierstücke wurde man die Mystifi- cation gewahr. Anstatt still zu schweigen hing die Re- gierung diesen Vorfall an die große Glocke, setzte die Polizei in Bewegung und ließ, lediglich auf die An- zeige eines Separatisten hin, den Director, in dessen Händen das Schriftstück zuletzt gelesen worden war, verhaften, hielt ihn längere Zeit eingesperrt und be- drohte ihn sogar mit dem Tode (?) um ihm Geständ- nisse zu entreißen. Er wurde nicht eher entlassen, als bis man sich völlig überzeugt hatte, daß er an der ganzen Sache nicht den geringsten Anteil habe. — Das Schriftstück wurde immerhin bekannt, und man erstaunte nicht wenig, die Namen des Minister des Auswärtigen und der Directoren der Ministerien des Innern und der Finanzen darauf zu finden, beinahe alle Unterschriften gehörten Beamten an, welche nach den Ansichten der erwähnten Blätter dem Anschein nach als rechtlos und unbefähigt angesehen werden, in dieser Angelegenheit eine Meinung zu haben.

Krakauer Curs am 28. Mai. Silberrubel in polnisch Ert. 100/- verl. 100 bez. Oester. Bank-Noten für fl. 100. — Pf. 410 verl. 407 bez. Preus. Ert. für fl. 150. — Thlr. 97% verl. 97 bez. Neue und alte Zwangser 107% verl. 106% bez. Russ. Imp. 8.20—8.15. Napoleon's 8.10—8.5. Poliv. Holl. Dutaten 4.49 4.45. Oester. Rand-Ducaten 4.52 4.47. Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons 98%—98. Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons 84%—83%. Grundent. Oblig. 80%—80. National-Anleihe 84%—83% ohne Zinsen.

Lotto-Ziehung. Prag, 27. Mai: 80. 3. 21. 11. 5. Graz, 27. Mai: 43. 15. 74. 81. 1. Wien, 27. Mai: 63. 77. 51. 34. 53.

Teleg. Depesche d. Dest. Corresp.

Paris, 28. Mai. Gestern Abends 3%ige Rente: 69.22 1/2. — Staatsbahn 687. — Lombarden 640.

Der „Moniteur“ meldet: Der König von Bayern hat gestern das diplomatische Corps empfangen; Abends fand großes Dinér in den Tuilerien statt, worauf der König der Vorstellung „Erovatore“ im Operntheater beiwohnte. Der Dampfer „Audacieuse“ ist mit Baron Gros am Bord am 27. d. M. abgegangen.

Venedig, 27. Mai. Das ärztliche Bulletin lautet: Heute früh wurde der Verband abgenommen und das Bein in normaler Lage im besten Zustande gefunden. Im Uebrigen ist das Befinden Sr. Grellenz befriedigend.

Triest, 28. Mai. Gestern Abends fand die Generalversammlung der Lloyd-Dampfschiffahrtsgesellschaft statt. Zum neuen Director wurde M. C. Schröder, Hagenauer wurde wieder erwählt; die Superdividende wurde auf 2 1/2 festgesetzt, gezogen die Serie I. der Prioritätsobligationen. Ferner wurde die Effectuirung eines Anlehns von 4 Mill. bei der Creditanstalt, rückzahlbar in drei Jahren gegen Überlassung von drei Mill. Actionen und einer Million Prioritätsobligationen der unbegebenen Emission vom J. 1855 mit der Er- mächtigung solche niemals unter Par. zu veräußern, berichtet.

Bombay, 1. Mai. Die Regimenter beginnen vom persischen Golf zurückzufahren.

Hongkong, 15. April. Ohne namhafte Verstärkung erwartet man keine Erfolge; die einzige Militär-operation war die Wegnahme von 11 Dschunken; Mandarine führten den Compradore der „Sybille“ nach Canton. In Amoy ist Mangel an Lebensmitteln. In Shanghai erregen die Erfolge der Rebellen Besorgniß. Die Behörden legalisiren den Opiumhandel gegen einen Zoll von 12 Taals pr. Kiste.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Boeckel.

Verzeichniß der Angelokumenten und Abgescrivenen vom 28. Mai.

Angelommen im Hotel de Dresden: die Hrn. Gutsb. Ludwig Hubicki, aus Oderzow. Alexander Bzowski, a. Polen.

Im Hotel de Russie: die Hrn. Gutsb. Anton Kellermann, a. Tarnow. Edmund Bagorski, a. Polen.

Im Polers Hotel: die Hrn. Gutsb. August Mieroszewski, a. Polen. Vladimir Of. Plater, a. Russland. Alexander Dostiera, f. russ. Beamte, a. Minsk. Edward Byzowski, a. Minsk.

Im Hotel de Saxe: die Hrn. Gutsb. Stanislaus Bran- dy, aus Kalwaria. Vincenz Persti, a. Jarisch.

Abgereist: die Gutsb. Fr. Henriette Gfin. Drohojowska, nach Tarnow. Die Hrn. Heinrich Römer, n. Tarnow. Franz Wieglański, n. Tarnow. Fr. Clementine Broniewska, nach Lemberg. Die Hrn. Emil Dzierzanowski, n. Tarnow. Joseph Zapolski, n. Węgrzynowice. Thomas Rogozinski, n. Polen. Karl Lewicki, n. Breslau.

Den Weibchen, von denen jedes durchschnittlich 50 Eier legt (die in 4 Jahren 50 ausgewachsen Engerlingen werden), so gibt das die enorme Summe von 20 Millionen Engerlingen. Man denkt nun, was 29 Millionen Engerlinge — diese gefährlichen Thiere — zu Grunde richten. Wie erwünscht wäre es daher, daß der Krieg, den man mit diesen schädlichen Thieren einmal mutig begonnen hat, mit allem Eifer fortgesetzt und glücklich beendet werden möge.

In der letzten Sitzung des „Berliner Vereins für Eisenbahntunde“ kam die Beobachtung zur Sprache, wonach auf einer Eisenbahn, die von Norden nach Süden führt, die Wagen, wenn sie sich von Norden nach Süden bewegen, das Bestreben haben, gegen Westen, und wenn sie sich in entgegengesetzter Richtung be- wegen, gegen Osten hin zu entgleisen. Es wurde hervorgehoben, daß der Theorie nach diese Beobachtung tatsächlich richtig sei und sich die Wirkung aus den verschiedenen Werken der Peripherie-Geschwindigkeit der einzelnen Punkte der Erdoberfläche, je nach ihren Abständen von den Polen, leicht erklären lasse. In der Wirklichkeit sei jedoch dieses Bestreben zu entgleisen außerordentlich ge- ring, so daß es z. B. in der Breite von Berlin bei einer Geschwindigkeit von 80 Meilen pro Stunde, sofern die Bahn nicht auf einer Höhe von 1000 Metern liegt, nicht mehr als 1/2000 der Geschwindigkeit der Erde betragen werde. Ein solches Bestreben zu entgleisen ist also nicht möglich.

„In einem Wirthshause in Thür wurde jüngst ein neapolitanischer Werber von einem gefährlichen Polizeimann gefragt, womit er sich beschäftige? „Ich bin ein Lumpenjäger“, erwiderte dieser faßhaftig. Der Polizeimann war befriedigt und der „Lumpenjäger“ lächelte auf den hinteren Stockdämmen.

„Nach dem Jahresbericht des Kaiserlichen Ministers des Innern sind in Russland im Jahre 1855 im Ganzen 738,955 Mann ausgehoben worden, davon 366,902 zeitweise zu den Militärcorps, 372,053 zur Reserve. Schätz man den zum Kriegsdienst fähigen Theil der Bevölkerung, d. h. alle Personen männlichen Geschlechts

von 18—50 Jahren, auf 10% Millionen, so wären darnach circa 7 Prozent oder 1/4, durch den Krieg ihrer anderweitigen Beschäftigung entzogen worden.

„Künftlicher Saphir.“ Nach einer Mitteilung von M. A. Gaudin in der französischen Academie der Wissenschaften ist es ihm gelungen, aus der Thonerde Kristalle darzustellen, welche in ihrer chemischen Zusammensetzung mit dem Saphir durchaus übereinstimmen. Die Härte der Kristalle soll je- deutlich sein, daß sie von den Uhmachern den Kubinen vorge- zogen werden; die Größe derselben beträgt etwa 1 Millim. (1/4 Zoll) im Durchmesser bei 1/2 Millim. Höhe.

Kunst und Literatur.

„Die Gottsche Klässler.“ Ausgabe. Aus einer Quelle, die gut unterrichtet sein kann, erzählt man, daß die Klässler-Ausgabe bei Cotta in Stuttgart eine Ausgabe von 50,000 haben soll. Die Ausgabe in Bänden ist auf 150 berechnet. Multifliziert man diese Zahlen, so ergibt sich eine Summe herzufüllender Bände von 7,500,000. Zum Durchschnitt darf jeder Band zu 20 Bogen angenommen werden, gibt eine Summe von 150,000,000 Bogen. Nach vor 20 Jahren hätte man diese Tiefe- seienart für eine baare Unmöglichkeit gehalten; jetzt ist die Technik so weit, daß das ganze colossale Unternehmen in dem engen Raumtraume von wenigen (man sagt fünf) Jahren eingerahmt werden kann.

Amtliche Erläufe.

3. 482. pr. Concurs-Ausschreibung. (608. 1-3)

Bei dem k. k. Kreisgerichte in Tarnow ist eine erledigte systematische Officialstelle mit dem Jahres-Gehalte von 600 fl. EM., im Falle der graduellen Vorrückung aber eine solche mit dem Gehalte von 500 fl. EM. zu besetzen.

Die Bewerber um diese Stelle haben ihre den Nachweis über die gesetzlichen Erfordernisse enthaltenden, und eigenhändig geschriebenen Gesuche der Vorschrift des §. 16 des kais. Patents vom 3. Mai 1853, §. 81 R. G. Bl. gemäß binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einführung dieses Edictes in die „Krakauer Zeitung“ bei dem k. k. Tarnower Kreisgerichts-Präsidium zu überreichen.

Vom k. k. Kreisgerichts-Präsidium.

Tarnow, den 18. Mai 1857.

Nr. 5373. Ankündigung. (602. 1-3)

Von Seite der Sandecer k. k. Kreisbehörde wird hiermit bekannt gemacht, daß zur Verpachtung der Tymbarker städtischen Erzeugungs- und Ausfanksrechtes von Branntwein, Mehl und Bier auf die Zeitperiode vom 1. November 1857 bis dahin 1860 eine Licitation am 4. Juni 1857 durch das k. k. Bezirksamt in Tymbark im Delegations-Wege in der Bezirksmts-Kanzlei Vormittags um 9 Uhr abgehalten werden wird. Das Bidum beträgt 10% des Fiscales preis pr. 180 fl. EM. Münze.

Die näheren Bedingungen werden am Tage der Licitation bekannt gegeben werden.

Zu dieser Licitation werden alle Pachtlustigen hiermit eingeladen.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Neu-Sandec, am 8. Mai 1857.

3. 291 pr. Concurs-Kundmachung. (606. 1-3)

Zu besetzen sind: zwei Kanzlei-Assistentenstellen der Gehaltsklasse von 400 fl. und zwar: die eine für den Dienst bei der k. k. Finanz-Prokuratur, und die andere im Stande der Finanz-Landes-Direction und der k. k. Finanz-Bez.-Directionen im Krakauer Verwaltungsgebiete.

Bewerber haben ihre gehörig dokumentirten Gesuche unter Nachweisung des Standes, Alters, Religionskenntnisses, der zurückgelegten Studien, der Kenntnis des Kanzlei-Manipulationsdienstes, der bisher geleisteten Dienste, des städtischen und politischen Wohlverhaltens, der Sprachkenntnisse, und unter Angabe, ob und in welchem Grade sie mit Finanzbeamten des Krakauer Verwaltungsgebietes oder einem Beamten der Finanz-Prokuratur verwandt oder verschwägert sind, im vorgeschriebenen Dienstweg bis 19. Juni 1857 bei der Finanz-Landes-Direction in Krakau einzubringen.

Vom k. k. Präsidium der Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 19. Mai 1857.

3. 8538. Concurs-Ausschreibung. (603. 1-3)

Zur Besetzung der bei dem k. k. Bezirksamte in Biala erledigten Amtsdienersgehilfen-Stelle mit dem Lohn von 216 fl. EM. jährlich wird hiermit der Concurs auf 4 Wochen von der 3ten Einführung in das Amtsblatt der „Krakauer Zeitung“ an gerechnet ausgeschrieben.

Um diesen Civildienstposten, welche im Grunde der kais. Brdg. vom 19. December 1853, (Nr. 266, Stück LXXXIX. des Reichsgesetzblattes) ausschließlich für Militär-Personen vorbehalten ist, können sich bloß bereits bei k. k. Behörden und Amtmännern wirklich angestellte Diener und Gehilfen bewerben, und haben ihre mit dem letzten Anstellung-Decrete und einer von dem gegenwärtigen Amtsvorsteher bezüglich der Befähigung, Verwendung und Moralität ausgestellten Qualifications-Tabelle belegten Competenz-Gesuche innerhalb der Concursfrist mittels ihrer vorgelegten Behörde an den k. k. Bezirksamts-Vorsteher in Biala einzureichen.

k. k. Kreisbehörde.

Wadowice, am 10. Mai 1857.

Nr. 4037. Kundmachung. (600. 3)

Das hohe k. k. Handelsministerium hat mit Erlaß vom 2. April l. J. §. 6327 das Projekt für die Errichtung einer neuen Brücke über den Bialucha-Bach auf der Lubliner Reichsstraße nächst Krakau mit einem Kostenantrage von 5648 fl. 33½ kr. EM. bewilligt.

Es wird demnach zur Sicherstellung der Materialien und Arbeiten für diesen Bau am 8. Juni 1857, 10 Uhr Vormittags bei dieser Kreisbehörde eine Offertverhandlung gepflogen.

Jede solche Offerte muß den Vor- und Zunamen, den Wohnort und Charakter des Offerenten, die angebotene Summe und zwar, diese in Zahlen und Buchstaben deutlich geschrieben, dann die Bemerkung enthalten, daß der Bauwerber die allgemeinen und speziellen Baubedingungen eingeschenkt habe, und sich denselben ohne allen Vorbehalt unterwerfe. Außerdem muß der Offerte das von dem obgedachten Fiskalpreise entfallende 5% Bodium mit 283 fl. EM. angeschlossen, endlich muß dieselbe gehörig gestempelt und versiegelt sein.

Die einmal überreichte Offerte wird nicht wieder zurückgestellt, und sämtliche eingelangten Offerten an dem bezeichneten Tage 12 Uhr Mittags eröffnet, von welchem Momente an, weitere Offerten nicht mehr angenommen werden.

Alle übrigen Lieferungs-Bedingnisse können in der Kreisbehörde-Kanzlei während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Krakau, am 17. Mai 1857.

N. 8836. Licitations-Ankündigung. (599 3)

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der alte kupferne Dampfkessel aus dem Schlachthause im Gewichte von 445 Pfund Wiener Gewicht am 15ten Juni 1857, Vormittags 10 Uhr im Licitations-Wege gegen gleich baare Bezahlung veräußert werden wird.

Der Auskunftspreis beträgt 197 fl. 10 kr. EM. Schriftliche Anbote werden bis zum Slusse der mündlichen Verhandlung auch angenommen.

Die Erstebungslustigen werden zu diesem Behufe in das V. Magistrats-Departement vorgeladen.

Vom Magistrat der k. Hauptstadt.

Krakau, den 13. Mai 1857.

3. 2121. Edict. (609. 2-3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichte werden in Folge Einschreitens der Constantia Kłodnicka bürgerlichen Beispiers und Bezugserrichtungen der im Rzeszower Kreise dliegenden, in der Landtafel dom. 83 pag. 37 und 47 a. 238 p. 188 vorkommenden Güter Zarzyce, Wulkan Sanewska und Huta deregowska, einverständlich mit dem Fruchtmüller Hrn. Feliz Klodnicki Behufs der Zuweisung des Erlasses der Krakauer k. k. Grundstücks-Ministerial-Commission vom 2. Mai 1856 §. 1908 für obige Güter u. z. Zarzyce mit 12,073 fl. 25 kr., Wulkan Sanewska mit 3332 fl. und Huta deregowska mit 2754 fl. 35 kr. zusammen mit 18,160 fl. EM. festgesetzten Urbarial-Entschädigungskapitals diejenigen, denen ein Hypothekarrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiermit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum letzten Juli 1857 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

a) die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nro.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisierte Vollmacht beizubringen hat;

b) den Betrag der angesprochenen Hypothekarforderung, sowohl bezüglich des Kapitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Kapitale genießen;

c) die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und

d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschehene Zustellung, würden abgesendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde so angesehen werden wird, als wenn er in die Überweisung seiner Forderung auf das obige Entlastungskapital nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldung bestätigte Versäumende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erscheinenden Beteiligten im Sinne §. 5 des kais. Patentes vom 25. September 1850 getroffenen Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungskapital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Rzeszów, am 12. May 1857.

Ein Privatbeamte, dem einige freie Stunden täglich erübrigen, übernimmt zur genauesten Befolgung

Übersezungen

jeder Art, aus dem Deutschen ins Polnische, oder aus dem Polnischen ins Deutsche.

Nähere Auskunft ertheilt aus Gefälligkeit die Expedition dieses Blattes.

Kundmachung.

Dieses Jahr wird die hiesige k. k.

Militär-Schwimmuschule

für das Publicum am 2. Juni eröffnet. Die näheren Bedingungen der Aufnahme sind aus den angeschlagenen Kundmachungen und in der Schwimmuschule zu ersehen.

Krakau, am 28. Mai 1857.

Aichele & Bachmann's Maschinenbau - Anstalt

Berlin, Stallschreiber-Strasse Nr. 21,

empfehlen sich zur Anfertigung von allen in das Maschinenfach schlagenden Arbeiten, welche nach den neusten Constructionen und sonstigen Bauart, sowie zu den billigsten Preisen angefertigt werden, insbesondere aber liefern wir: Dampfmaschinen sammt Kessel von allen Größen, Wellenleitungen, Röhrenleitungen, Wasserräder, Turbinen, Drehbänke, Bohrmaschinen, Hobelmaschinen, Fräsmaschinen; ferner Mühleneinrichtungen, Einrichtungen für Brennereien und Brauereien, sowie alle Arten Einrichtungen für Buchdruckereien.

Wiener Börse - Bericht

vom 28. Mai 1857.

| | Geb. Waare. |
|--|-------------|
| Nat. Anlehen zu 5% | 84½ - 84½ |
| Anlehen v. 3. 1851 Serie B. zu 5% | 94½ - 95 |
| Lomb. venet. Anlehen zu 5% | 96 - 96½ |
| Staatschuldverschreibungen zu 5% | 83 - 83½ |
| detto " 4½ % | 73½ - 73½ |
| detto " 4% " | 65½ - 65½ |
| detto " 3% " | 50 - 50½ |
| detto " 2½ % | 42 - 42½ |
| detto " 1% " | 16½ - 16½ |
| Gloggnitzer Oblig. m. Rückz. 5% | 96 - |
| Dedenburger detto " 5% | 95 - |
| Petther detto " 4% | 94 - |
| Mailänder detto " 4% | 88½ - 88½ |
| Grundl. - Obl. N. Ost. " 5% | 79½ - 81½ |
| detto v. Galizien, Ung. re. " 5% | 86 - 86½ |
| detto der übrigen Kronl. " 5% | 64 - 64½ |
| Banco-Obligationen " 2½ % | 139½ - 139½ |
| Lotterie-Anlehen v. 3. 1834 | 139½ - 139½ |
| detto 1839 | 110½ - 110½ |
| detto 1854 4% | 16 - 16½ |
| Como-Rentliche | 16 - 16½ |
| Galiz. Pfandbriefe zu 4% | 81 - 82 |
| Nordbahn-Prior. Oblig. " 5% | 87 - 87½ |
| Gloggnitzer " 5% | 82 - 82½ |
| Donau-Dampfschiff-Obl. " 5% | 85 - 85½ |
| Lloyd detto (in Silber) " 5% | 92 - 93 |
| 3° Prioritäts-Oblig. der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 275 Francs per Stück | 111½ - 112 |
| Aktion der Nationalbank | 109½ - 109½ |
| 5% Pfandbriefe der Nationalbank 12monatliche | 99½ - 99½ |
| Aktion der Ost. Credit-Institut | 236½ - 236½ |
| " " Budweis-Linz-Gmunder Eisenbahn | 124 - 124½ |
| " " Nordbahn | 260 - 262 |
| " " Staatsbahn-Ges. zu 500 Fr. | 201½ - 202 |
| " " Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. | 273½ - 280 |
| " " mit 30 p.C. Girzahlung | 100½ - 100½ |
| " " Südb.-Norddeutschen Verbindungsbahn | 106½ - 107½ |
| " " Heißbahn | 100½ - 100½ |
| " " Lomb. venet. Eisenb. | 258½ - 259 |
| " " Donau-Dampfschiffsfabrik-Gesellschaft | 567 - 568 |
| " " Lloyd | 423 - 425 |
| " " Pfeiffer Kettenbri.-Gesellsc. | 74 - 75 |
| " " Wiener Dampfm.-Gesellsc. | 64 - 66 |
| " " Preßb. Tyrr. Eisenb. I. Emiss. | 27 - 28 |
| " " detto II. Emiss. mit Priorit. | 37 - 38 |
| Fürst Esterhazy 40 fl. L. | 79½ - 80 |
| G. Windischgrätz 20 " | 27½ - 27½ |
| G. Waldstein 20 " | 29 - 29½ |
| " Keglevich 10 " | 14½ - 14½ |
| " Salm 40 " | 40 - 40½ |
| " St. Genois 40 " | 39½ - 39½ |
| " Palffy 40 " | 38½ - 38½ |
| " Clary 40 " | 38½ - 38½ |
| Amsterdam (2 Mon.) | 87½ |
| Augsburg (Uso.) | 103 |
| Bukarest (31. L. Sicht) | 265 |
| Constantinopol detto | 467 |
| Frankfurt (3 Mon.) | 104½ |
| Hamburg (2 Mon.) | 77 |
| Eiseno (2 Mon.) | 105½ |
| London (3 Mon.) | 10 12½ |
| Mailand (2 Mon.) | 104½ |
| Paris (2 Mon.) | 121½ |
| Kais. Münz-Ducaten-Algio | 7½ - 7½ |
| Napoleonsdr. | 8 13 |
| Engl. Sovereigns | 10 19 |
| Russ. Imperiale | 8 24 |

Abgang und Ankunft der Eisenbahngüter.

| | |
| --- | --- |
| Ungang von Krakau: | |

<tbl_r cells="2" ix="3" maxcspan="1" maxrspan="1

Beilage zu Nr. 121 der „Krakauer Zeitung.“

Amtliche Erläufe.

N. 2/S ex 1857. Edict. (582. 1-3)

Durch das kaiserliche Patent vom 5. Juli 1853 sind die Bestimmungen über die Regulierung oder Ablösung der Holz-Weide- und Forstproducenten-Bezugsrechte, dann einiger Servituts- und gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungsberechte festgesetzt worden.

Nach §. 6. des gebachten kaiserlichen Patentes stehen sich die der Ablösung oder Regulierung unterliegenden Rechte, in zwei wesentlich verschiedene Kategorien, u. z.: a) in solche, deren Ablösung oder Regulierung von Amts-

wegen erfolgen muß, und b) in solchen, bei welchen die Ablösung oder Regulierung nur auf Verlangen eines interessirten Theiles (Provocation) vorzunehmen ist.

So wie die Durchführung der Ablösung und Regulierung bei der unter a) bezeichneten Kategorie von Rechten durch die genaue Kenntnis der im Krakauer Verwaltungsgebiete bestehenden, von Amtswegen abzulösenden oder zu regulierenden Rechten und der ihnen gegenüber stehenden Verpflichtungen bedingt ist, welche nur durch deren Anmeldung erlangt werden kann, eben so ist zur Vornahme einer Amtshandlung bezüglich der unter b) erwähnten Rechte das Ansuchen eines interessirten Theiles notwendig, worin die Ablösung oder Regulierung ausdrücklich verlangt wird.

Es werden demnach alle weltlichen und geistlichen Personen, Gemeinden, Corporationen, Stiftungen und Fonden aufgefordert:

a) Die nach den Bestimmungen des Patentes vom 5. Juli 1853 von Amtswegen abzulösenden oder zu regulierenden Rechte beziehungsweise Grundlasten, mit welchen ihr im Krakauer Verwaltungsgebiete gelegener Besitz belastet ist, mittelst förmlicher Anmeldung zur Kenntnis der dazu bestellten Landes-Commission zu bringen.

b) Bezuglich der nur über Verlangen eines interessirten Theiles abzulösenden oder zu regulierenden Rechte aber, welche ihnen entweder auf einem im Krakauer Verwaltungsgebiete gelegenen Grund zustehen, oder als darauf haftende Grundlasten zu dulden sind, ihre allfälligen Provocationen bei derselben Landes-Commission zu überreichen.

Hiebei sind folgende Anordnungen zu beachten:

I. Abschnitt.

Bestimmungen über die Anmeldung der von Amtswegen abzulösenden oder zu regulierenden Rechte und beziehungsweise Grundlasten.

I. Nach dem kais. Patente vom 5. Juli 1853 unterliegen der Ablösung oder Regulierung von Amtswegen folgende Rechte, beziehungsweise Grundlasten, nämlich:

1. Alle wie immer benannten Holzungs- und Bezugsrechte von Holz und sonstigen Forstprodukten in oder aus einem fremden Walde;

2. Die Weiderecht auf fremdem Grund und Boden;

3. Alle nicht schon unter 1. und 2. mitbegriffenen Feldservituten, bei denen das dienstbare Gut, Wald oder zur Waldkultur gewidmeter Boden ist; endlich

4. Auch alle jene Einforstungen, Waldbauungs- und Weiderechte, welche in den dem Landesfürsten zu

Folge des Hoheitsrechtes zustehenden Wäldern verliehen oder aus landesfürstlicher Gnade gestattet wurden, und zwar selbst dann, wenn sie nach Maßgabe

der über die Ausübung des Forsthoheitsrechtes bestehenden Gesetze und Vorschriften als widerruflich an-

gesehen werden.

Alle diese Rechte und beziehungsweise Grundlasten sind demnach solche, deren Anmeldung von den dazu Verpflichteten unter Vermeidung der in diesem Edict ausgedrückten Folgen, geschehen muß.

II. Zur Einbringung der Anmeldungen sind die Besitzer der dienstbaren oder leistungspflichtigen Güter verpflichtet.

Hierbei haben:

a) für Minderjährige, Curanden und Eridatare: die Vormünder, Curatoren, Vermögens-Verwalter und Concurssmaße-Vertreter;

b) für geistliche Communitäten: der Vorsteher und drei Glieder der Communität;

c) für weltliche Gemeinden: der Vorsteher mit einem Gemeinderath;

d) für weltliche moralische Personen, Corporationen und Gesellschaften: deren Vorstellung;

e) für Kirchen, Pfänden und Stiftungen: die Patronen und Vorsteher;

f) für Staats-Fonds- und Stiftsgüter: der Vorstand

jener Behörde, welchem im Kronlande die Oberaufsicht über deren Verwaltung zusteht, einzuschreiten,

und die Anmeldungen zu unterfertigen.

Geschieht die Anmeldung durch einen Bevollmächtigten, so muß die von allen jenen Personen, welche nach den vorausgehenden Bestimmungen die Anmeldung selbst zu unterfertigen hätten, ausgefertigte Vollmacht der Anmeldung angeschlossen werden. Es genügt, wenn derlei Vollmachten auf die Durchführung des nach dem kais. Patente vom 5. Juli 1853 vorzunehmenden Ablösungs- und Regulirungsgeschäfts überhaupt, oder in Betref eines bestimmten Gutsbörpers oder Rechtes, beziehungsweise Grundlast ohne jede weitere Beschränkung lauten.

Auf Grundlage einer solchen Vollmacht, kann der

Machthaber bei den Ablösungs- und Regulirungs-Ver-

handlungen überhaupt, oder rücksichtlich des in der Voll-

macht bezeichneten Gutsbörpers oder Rechtes, beziehungs-

weise Grundlast insbesondere, rechtsverbindliche Erklärun-

gen abgeben. Vergleiche rechtskräftig schließen und Ver-

bischleistungen ausprechen.

Der Schmann wird als gesetzlicher unbeschränkter

Machthaber seiner Gattin angesehen, außer er wäre von ihr geschieden, oder selbst nicht eigenberechtigt, oder es würde diese stillschweigende Ernächtigung ausdrücklich widerrufen.

Anmelder, welche im Krakauer Verwaltungsgebiete nicht ihren Wohnsitz haben, müssen ihren Anmeldungen jedenfalls die legalisierte Vollmacht anschließen, wodurch einen in diesem Verwaltungsgebiete domicilirenden Machthaber zur Intervenitur bei den stattfindenden Verhandlungen befstellen, widrigs auf ihre Gefahr und Kosten ein Curator bestellt werden würde.

III. Die Anmeldungen müssen vollständig und erschöpfend sein.

Der über ein Recht, welches Gegenstand der Anmeldung ist, allenfalls obhüebende Streit enthebt von der Anmeldepflicht keineswegs, es soll jedoch diese Anmeldung bei der seinerzeitigen Entscheidung des streitigen Punktes als nicht präjudiziert angesehen werden.

Überdies bleibt es dem Anmelder unbenommen, bei streitigen Rechten die ihm nothwendig erscheinenden Rechtsverwahrungen in seine Anmeldung aufzunehmen.

Die Landes-Commission ist überdies verpflichtet, wenn sie in was immer für einen Wege zur Kenntnis gelangt, daß ein von Amtswegen der Ablösung oder Regulierung unterliegendes Recht nicht vollständig oder gar nicht zur Anmeldung gebracht worden ist, dem Besitzer des dienstbaren oder leistungspflichtigen Grundes dessen Anmeldung aufzutragen.

IV. Die Anmeldungen müssen sowohl nach Gemeinden als nach leistungspflichtigen beziehungsweise dienenden Gründen abgesondert werden.

Jede selbstständige Anmeldung hat daher alle jene der Amtshandlung von Amtswegen unterliegenden Rechte, beziehungsweise Grundlasten zu umfassen, welche allen Bezugsberechtigten in einer Gemeinde auf demselben leistungspflichtigen oder dienenden Grunde zustehen; haften einige der Bezugsberechte einer Gemeinde oder der berechtigten Glieder einer Gemeinde auf dem einen, andere Bezugsberechte derselben aber auf einem anderen leistungspflichtigen Grunde, oder haften auf einem und demselben leistungspflichtigen Grunde die Bezugsberechte zweier oder mehreren Gemeinden, oder der beugungsberechtigten Glieder zweier oder mehreren Gemeinden, so müssen im ersten Falle gegen dieselbe Gemeinde oder beugungsberechtigten Glieder derselben Gemeinde so viele abgesonderte Bezugsberechte auf einem und demselben leistungspflichtigen Grunde die Bezugsberechte zweier oder mehreren Gemeinden oder mehreren Gemeinden oder mehreren Gliedern angehörigen Personen auf dem nehmlichen dienstbaren Grunde zustehen, enthalten.

Bei den Provocationen über gemeinschaftliche Besitz- und Benützungsberechte, ist der Grundsatz festzuhalten, daß für jeden Rechtszuge freier Lauf zu lassen. In diesem Falle müssen jedoch, wenn entweder ein Einverständnis über die Fortführung des Rechtsstreites im summarischen Wege erzielt, oder nach dem Stande des Rechtsstreites kein von einem oder dem anderen Theile erworbenes formelles Recht beeinträchtigt wird, die Vorschriften über das summarische Verfahren in Anwendung gebracht werden.

Auf gleiche Art ist auch eine Provocation mehrerer Theilnehmer, welche selbst in Gemeinschaft bleiben wollen, gegen den oder die noch übrigen Theilnehmer zulässig.

Jedenfalls haben mehrere gemeinschaftliche Provocanten einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zu bestellen, und der Provocation die Vollmacht anzuschließen.

III. Jede Provocation in Betreff der nur auf Verlangen der Parteien abzulösenden oder zu regulierenden Feldservituten, darf nur ein einzelnes bestimmtes Servitutrecht, welches einer oder mehreren Gemeinden oder mehreren Gliedern angehörigen Personen auf dem nehmlichen dienstbaren Grunde zustehen, enthalten.

Bei den Provocationen über gemeinschaftliche Besitz- und Benützungsberechte, ist der Grundsatz festzuhalten, daß für jeden Rechtszuge freier Lauf zu lassen. In diesem Falle müssen jedoch, wenn entweder ein Einverständnis über die Fortführung des Rechtsstreites im summarischen Wege erzielt, oder nach dem Stande des Rechtsstreites kein von einem oder dem anderen Theile erworbenes formelles Recht beeinträchtigt wird, die Vorschriften über das summarische Verfahren in Anwendung gebracht werden.

V. Die Provocationen sind längstens bis Ende August 1857 mittelst besonderer Eingaben bei der k. k. Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission zu überreichen.

Wird diese Frist nicht eingehalten, so trifft den Provocanten die im §. 42 des Allerhöchsten Patentes vom 5. Juli 1853 ausgesprochene Sanction, kraft welcher

die Anmeldung eines bestimmten Rechtes binnen einer angemessenen Frist ausdrücklich aufzutragen, und wenn auch diese ausdrückliche Aufforderung fruchtlos bleibt, lassen dieselbe auf dessen Kosten von Amtswegen anfertigen zu lassen.

Die Kosten sind erforderlichen Fakten mit denselben Zwangsmitteln wie die Grundsteuer durch die betreffenden Organe einzuhaben.

Eine allenfalls notwendige Erweiterung der Präclusiv-Frist muss bei der Landes-Commission vor deren Ablauf angestrebt, und die Nothwendigkeit derselben standhaft nachgewiesen werden.

VI. Wesentlich unvollständige oder unbrauchbare Anmeldungen werden dem Anmelder unter Feststellung einer angemessenen kurzen Frist zur Verbesserung oder Umarbeitung zurückgestellt werden.

Wird diese Frist nicht zugehalten, so treffen den Provocationen bezüglich der nur über Ansuchen der Parteien einer Amtshandlung unterliegenden Rechte sind genau nach dem diesem Edict beigefügten Unterricht,*) und den angehängten Formularien einzurichten, und von jenen Personen rechtsförmlich zu fertigen, die zur Einbringung derselben berufen sind.

II. Die nach den Vorschriften dieses Edictes und des dazu gehörigen Unterrichtes verfaßten und ausgeführten bei der Landes-Commission überreichten Anmeldungen und Provocationen begründen nachstehende Rechtsfolgen:

1. Alle nicht bereits im I. Abschnitte unter I. inbegriffenen Feldservituten, bei denen zwischen dem dienstbaren und dem herrschenden Gute das gutsobrigkeitliche und unterhänige Verhältnis bestanden hat, und

2. alle gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungsberechte auf Grund und Boden, wenn sie zwischen gewesenen Obrigkeit und Gemeinden, so wie ehemaligen Unterthanen, oder

b) zwischen zwei oder mehreren Gemeinden bestehen.

Alle diese Rechte sind demnach solche, bezüglich welcher den Interessenten das Recht zusteht, das Ansuchen der Ablösung oder Regulirung (Provocation) einzubringen.

II. Zur Provocation ist jeder bei dem fraglichen Benutzungsberechtigten unmittelbar Beteiligte berechtigt, somit bei den vorbezeichneten Feldservituten sowohl der Besitzer der berechtigten, als auch jener des dienstbaren Gutes;

bei den gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungsberechten, aber die gewesenen Obrigkeit und Gemeinden, so wie ehemaligen Unterthanen, oder

b) zwischen zwei oder mehreren Gemeinden bestehen.

Alle diese Rechte sind demnach solche, bezüglich welcher den Interessenten das Recht zusteht, das Ansuchen der Ablösung oder Regulirung von Amtswegen unterliegenden Rechtes überhaupt, oder um einen der im §. 7 dieses Patentes bezeichneten Punkte handelt, vom Tage

der Aktivierung der zur Durchführung der Grundlasten-Ablösung und Regulirung zu bestellenden Lokalcom-

missionen an die Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commission übertragen, welcher sohn alle über solche Streitigkeiten in dem erwähnten Zeitpunkte bei den politischen Behörden aller Instanzen anhängigen und noch nicht definitiv entschiedenen Verhandlungen zu übergeben sind.

3. Bei Streitigkeiten über solche Rechte, die nach dem a. h. Patente vom 5. Juli 1853 nur über Ansagen eines interessirten Theiles der Ablösung zu unterziehen sind, treten die sub. 2. festgesetzten Bestimmen über die Kompetenz der Grundlasten-Ablösungs- und Regulirungs-Landes-Commissionen nur dann in Anwendung, wenn zur Zeit der Aktivierung der Lokal-Commissionen in dem gegebenen Falle die Provocation wirklich statt gefunden hat.

4. Bezuglich der Verhandlungen und Entscheidungen über Streitigkeiten, welche nicht das Benützung-Servitut oder gemeinschaftliche Besitzrecht selbst, sondern nur die Störung im Besitz solcher Rechte, oder die Art und Weise der Verabfolgung oder der Entschädigung verweigter Nutzungen zum Gegenstand haben, bleibt die gesetzlich begründete Kompetenz der politischen Behörden unbeirrt, so wie dieselben auch fortan die rechtskräftigen politischen Entscheidungen in Vollzug zu setzen haben.

5. Gerichtliche Klagen auf die Behauptung oder gegen die Annahme eines nach dem a. h. Patente vom 5. Juli 1853 der Ablösung oder Regulirung unterliegenden Rechtes, sowie wegen der im § 7 dieses Patents bezeichneten Punkte dürfen bezüglich der von Amtswegen abzulösenden oder zu regulierenden Rechte von der Kundmachung des von der Landes-Commission in Ansehung der von den Parteien anzubringenden Anmeldungen erlassenen Edictes an gegründet, bezüglich der bloß über Provocation abzulösenden oder zu regulierenden Rechte aber, vom Zeitpunkte der von der Landes-Commission über die eingebrachte Provocation angeordneten Verhandlung angefangen, nicht mehr anhängig gemacht werden.

6. Sind solche Klagen in den gedachten Zeitpunkten bereits anhängig, so ist, wenn nicht beide Parteien die Einstellung verlangen, die Prozeßverhandlung mag sich in was für immer einem Stadium befinden und schon ein Urteil erfolgt sein oder nicht, dem weiteren Rechtszuge freier Lauf zu lassen. In diesem Falle müssen jedoch, wenn entweder ein Einverständnis über die Fortführung des Rechtsstreites im summarischen Wege erzielt, oder nach dem Stande des Rechtsstreites kein von einem oder dem anderen Theile erworbenes formelles Recht beeinträchtigt wird, die Vorschriften über das summarische Verfahren in Anwendung gebracht werden.

Wird aber ein solcher Rechtsstreit in erster Instanz nach dem ordentlichen Verfahren weiter fortgeführt, so sind doch für den höheren Instanzenzug die Vorschriften des summarischen Verfahrens jedenfalls zu beobachten.

7. Auf die mittlerweile Rechtausübung äußert die Anmeldung oder Provocation durchaus keine hemmende Wirkung, dieselbe hat vielmehr in ihrem bisherigen oder durch ein Provisorium der Landes-Commission (§. 37 des Patentes v. 5. Juli 1853) näher bestimmten Bestand bis zu dem durch ein Regulirungs- oder Ablösungs-Erkenntnis bestimmten Zeitpunkte (§. 15, 24 und 37. des Patentes von 5. Juli 1853) fortzudauern. Es können daher auch Rechtsstreite, welche nicht das Benützung-Servitut oder gemeinschaftliche Besitzrecht selbst sondern nur die Störung im Besitz solcher Rechte oder die Art und Weise der Verabfolgung oder der Entschädigung verweigter Nutzungen zum Gegenstand haben, so wie die auf Grund rechtskräftiger Urtheile oder gerichtlicher Vergleiche geführten Executionen nicht gehemmt werden.

III. Jede Anmeldung, welche unter der Voraussetzung eingebracht wurde, daß das angemeldete Recht von Amtswegen zu verhandeln sei, wird in dem Falle, als die Landes-Commission es nur als ein provocables erkennt sollte, zugleich als eine Provocation angesehen, wenn der Anmelder nicht ausdrücklich in seiner Anmeldung erklärt, daß sie als keine Provocation anzusehen sei.

Jede Provocation hat an und für sich schon als Anmeldung zu gelten, wenn das provocate Recht als ein solches erkannt wird, welches von Amtswegen der Regulirung oder Ablösung unterzogen werden muß.

IV. Da alle Urkunden, Schriften und Verhandlungen in Betreff der in Gemäßheit des Allerhöchsten Patentes vom 5. Juli 1853 vorzunehmenden Ablösung oder Regulirung die Stempelgebühren- und Portofreiheit genießen, so sind alle in dieser Beziehung an die k. k. Behörden gerichteten Eingaben auf der Titelseite und dem Couverte mit der Bezeichnung in Grundlasten-, Ablösungs- und Regulirungs-Angelegenheiten zu versehen.

V. Alle Behörden, und namentlich die Steuer- und Catastralbehörden sind verpflichtet, den Parteien zum Beobachten der Verfassung ihrer Anmeldungen oder Provocationen die Einsicht in die dazu notwendigen Daten und Belege unter entsprechender Kontrolle zu gestatten, und gegen Entrichtung der normalmäßigen Gebühren auch Abschriften hievon oder Copien von Mappen hinauszugeben.

Bon der k. k. Grundlasten-Ablösungs und Regulirungs-Landes-Commission für das Krakauer Verwaltungsgebiet.

Krakau, am 29. März 1857.

Der Präsident
Heinrich Graf zu Clam Martinic.

*) Dieser Unterricht wird

E dy k t.

Przez Patent Cesarski z dnia 5. Lipca 1853 postanowionymi są pewne prawidła tak pod względem uregulowania lub wykupna praw odnoszących się do udziału w drzewie, pastwiskach i płochach lasowych, jak niektórych praw służebności, wspólnego posiadania i użytkowania dotyczących. Wedle §. 6. dopiero wymienionego Cesarskiego Patentu dzieli się prawa wykupnu lub regulacji ulegające, na dwie zupełnie oddzielne kategorie, a mianowicie:

- a) na takie których wykupno lub regulacja z urzędu następować musi;
- b) na takie których wykupno lub regulacja jedynie na zażądanie strony interesowanej (prowokacyją) następować powinna.

Tak jak przeprowadzenie z urzędu wykupna lub regulacji w wypadkach kategorii pod a) objętych, od dokładnej znajomości praw w Okręgu Rządowym Krakowskim istniejących i z urzędu wykupić się lub uregulować mających, również jak odpowiadających onymże zobowiązani zależą, która tylko przez meldunek osiągnięta być może; tak dla przedsięwzięcia postępowania odnośnie do praw pod b) wzmiarkowanych zgłoszenie się o to samej interesowanej strony jest potrzebne, w którym wykupno lub regulacja wyraźnie zażądane były.

W skutku czego wszystkie świeckie i duchowne osoby, gminy, korporacje, instytuta i fundacje wzywają się, aby:

- a) Te prawa a względnie ciężary gruntowe, które grunta ich w Okręgu Rządowym Krakowskim są obciążone, a w myśl Patentu z d. 5. Lipca 1853 ulegają z urzędu przesiębrać się mającemu wykupnu lub regulacyi, droga formalnego zameldowania, do wiadomości, postanowionej do tego Komisji krajowej podali.
- b) Co zaś dotyczy praw, tylko w skutku zaszłego zażądania strony interesowanej, wykupno lub regulacyi ulegnąć mających, któreby Im na gruncie w Okręgu Rządowym Krakowskim położonym, służyły, albo jako na gruncie tym ciążące cierpiące były, mają prowokacyję swe w wszystkich zachodzących wypadkach tejże Komisji krajowej przedstawiąć.

Przyczem mają być następujące urządzenia zachowanemi:

Rozdział I.

Postanowienia odnoszące się do zameldowania z urzędu praw wykupnu lub regulacyi ulegających, a względnie ciężarów gruntowych.

I. Stosownie do Patentu Cesarskiego z d. 5. Lipca 1853 ulegają wykupnu lub regulacyi z urzędu następujące prawa a względnie ciężary gruntowe, jako to:

1. Wszystkie jakiego bądź nazwiska prawa wrębu i pobierania drzewa, tudzież innych lasowych pędów w lesie obcy, lub z takowego;
2. Prawa paszy na gruncie cudzym;
3. Wszystkie inne pod 1 i 2 nie wymienione służebności wiejskie, w których służebnością grunt obciążony, jest lasem lub polem do uprawy lasowej przeznaczonym; nakoniec
4. Takie wszystkie prawa do wrębu i użytkowania z lasów i paszy przez Monarchę nadane lub z laski Jego dozwolone, w lasach z mocy prawa Monarchicznego do Monarchy należących i to w ten sposób, gdy stosownie do ustaw i przepisów o wykonaniu Najwyższego Prawa leśnego istniejących, takie za odwołalne uważanemi być powinny.

Wszystkie te prawa a względnie ciężary gruntowe należą do tych, których zameldowanie przez zobowiązującego do tego, pod unikniem skutków w Edyktie niniejszym wyrażonych, nastąpić powinno.

II. Do składania meldunków są zobowiązani posiadacze gruntów służebnych lub do świadczenia zobowiązujących.

W tych wiec:

- a) za małoletnich, pod kuratela, krydą stojącymi: ich opiekunowie, administratorowie majątków i zastępcy mass konkursowych;
- b) za korporacje duchowne: przełożony i trzech członków zgromadzenia;
- c) za świeckie gminy: przełożony z jednym radcą gminnym;
- d) za świeckie moralne osoby, korporacje i stowarzyszenia: przełożeni tychże;
- e) za kościoły, plebanie i instytuta: patronowie i przełożeni tychże;
- f) za dobrego państwa, funduszowe i instytutowe: przełożeni té Władzy, której w kraju koronnym służy prawo nadzoru nad ich zarządem, meldunki podpisać i takowe przedstawić są zobowiązaniem.

Jeżeli zameldowanie dopełnionem jest przez umocowanego, to pełnomocnictwo wystawione przez wszystkie te osoby, które wedle dopiero wskazanych prawideł do podpisu meldunków zobowiązani byli, winno być do meldunku dołączonem.

Wystarcza jeżeli tego rodzaju pełnomocnictwa brzmiały albo do przeprowadzenia wedle Patentu Cesarskiego z dnia 5. Lipca 1853 interesu wykupna lub regulacyi w ogólności, albo względnie na oznaczone dobra albo prawa a stosunkowo ciężar gruntowy, bez żadnego dalszego ograniczenia.

Na zasadzie takiego pełnomocnictwa, może umocowany przy działaniach wykupna albo regulacyi w ogólności, albo względnie na oznaczone do pełnomocnictwie dobra albo prawo a odnośnie ciężar gruntowy, prawomocne oświadczenie skłądać, ugody prawomocne zawierać i rzeczenia się czynić.

Małżonek uważany jest jako prawny i nieograniczony żony swojej pełnomocnik, wyjawiający był z nią rozwiedzionym, albo sam do dzia- laniu nieuprawnionym, albo gdyby służące mu samo z siebie jako małżonkowi umocowanie wyraźnie było odwołaniem.

Meldujący nie mający swego zamieszkania w Okręgu Rządowym Krakowskim, zobowiązani są do swego meldunku w każdym razie legalizowane pełnomocnictwo dołączyc, którym w tymże Okręgu Rządowym zamieszkałego pełnomocnika do stawania przy przedsiębrać się mających dzia- laniach, ustanowią; inaczej na ich koszt i nie- bezpieczenstwo kurator musiałby być ustanowiony.

III. Zameldowanie powinno być dokładne i przedmiot wyczerpujące.

Wszysty spór o prawo, któreby było przedmiotem meldunku, nie uwalnia od obowiązku mel- dowania, zameldowanie jednak to nie ma być jako prejudykującą przy nastąpić mającém w swoim czasie rozstrzygnięciu w sporze będącej sprawy uważanem.

Meldującemu służy jednak wolność w spor- nych sprawach, zastrzeżenia prawne, które po- trzebni dla siebie być uzna, w swym meldunku zamieścić.

Komisja krajowa jest nadto zobowiązana, je- żeli na jakiekolwiek drodze do Jęi wiadomości dojdzie, że prawo wykupnu lub regulacyi z urzędu ulegające, niedokładnie lub wcale zameldowanem nie było, posiadaczowi gruntu służebnego albo po- winnością związanego, dopełnienie zameldowania tego polecić.

IV. Meldunki powinny być tak pod względem gmin, jak świadczeniem obciążonych, a względnie służebnych gruntów, oddzielonimi.

Każdy samoistny meldunek ma wszystkie te, postępowaniu z urzędu uległe prawa, a względnie ciężary gruntowe obejmować, które wszystkim z jednej gminy na tymże samym powinniścią związanym albo służebnym gruncie przysługują, ziągają zaś niektóre gminie albo uprawnionym członkiem pewnej gminy, służące prawa na jednym, inne zaś prawa tychże, ziągają na innym świadczeniu związanym gruncie, lub gdy ziągają na jednym i tym samym świadczeniem związanym gruncie, dwom lub więcej gminom, albo uprawnionym członkom dwóch lub więcej gmin służące prawa, to powinny być w pierwszym przypadku co do tej gminy i uprawnionych członków tżże gminy tyle osobnych meldunków przedstawionych, ile w różny sposób obciążone powinniścią grunta tym prawom odpowiadają, tak jak w ostatnim wypadku, chociaż służebny i powinniścią związany grunt ten sam jest, tyle meldunków winno być złożonych, ile różnym gminom lub szczególnym członkiem różnych gmin, prawa na tymże gruncie przysługują.

V. Meldunki winny być przez osobne podania najdalej do dnia ostatniego Sierpnia 1857 r. w C. K. Komisji krajowej wykupna i regulacyi ciężarów gruntowych w Krakowie złożonymi.

Komisja krajowa ma ociągającym się w postępowaniu meldunków, a do dopełnienia tego zobowiązany złożenie tychże tak jak zameldowanie pewnego prawa, w określonym terminie wyraźnie polecić, i w razie jeżeli to wyraźne wezwanie zo- stanie bez skutku, takowy meldunek na jego koszt z urzędu wygotować rozkazać.

Koszta w zachodzącym wypadku mają być temi samemi zmuszającymi środkami jak podatek gruntowy ściagnioniem.

O przedłużenie terminu przekluzynego ma być przed upłynięciem onegoż do Komisji krajowej przedstawienie uczyzionem, w którym potrzeba przedłużenia dostatecznie winna być u- sprawiedliwiona.

VI. Niedokładne i do zrobienia z nich użytku nie zdatne meldunki, mają być meldującemu z na- znaczeniem stosownego krótkiego terminu do po- prawy lub przerobienia zwróconemi.

Gdyby upłynął czas wyznaczony bezskutecznie, dotknęć mają ociągającym się, w razie jeżeli na- znaczony do meldunków ogólny termin już upły- ąał, skutki w oddziale V. na niedopełniających w czasie meldunki przepisane.

Rozdział II.

Postanowienia o Prowokacyję do wykupna lub regulacyi.

I. Tylko na zażądanie strony interesowanej (prowokacyją) stosownie do Najwyższego Patentu z d. 5. Lipca 1853 r. mają być następujące prawa wykupowanemi lub regulowanemi:

1. wszystkie Rozdziałem I. pod I nie objęte służebności gruntowe, w których pomiędzy gruntem służebnym a panującym istniał stosunek zwierzchności i poddaństwa.
2. Wszystkie wspólne prawa posiadania i użyt- kowania na gruntach, jeżeli takowe,

a) pomiędzy bylemi zwierzchnosciami i gminami, tak jak bylemi poddanemi, albo

b) pomiędzy dwoma lub wielu gminami istniejają-

Wszystkie te prawa są tego rodzaju, iż wzglę- dnie tychże służą stronom interesowanym prawo

wnoszenia żądań (prowokacyji) o wykupno lub re-

gulacyą.

II. Do wnoszenia prowokacyi jest każdy do wymienionego prawa użytkowania bezpośrednio interesowanym, uprawnionym, a mianowicie co do wyżej wyczególnionych służebności gruntowych, tak posiadacz uprawnionego, jak służebnością obciążonego gruntu; przy prawach zaś odnoszących się do wspólnego posiadania i użytkowania, byle zwiernosci, co do jednej, gminy zaś albo byli

poddani co do drugiej części i przeciwnie, albo jedna gmina naprzeciw drugiej.

Co do podpisu prowokacyi obowiązuje w Roz- dziale I. tego Edyktu pod II. a) aż do włącznie pod f) wymienione postanowienia.

Przy wspólnych uprawnieniach albo zobowiązaniach, gdzie idzie o to, przez które osoby pro- wokacyje z skutkiem prawnym wnoszonemi być mogą, należy rozróżnić:

a) czyli prowokacyja dotyczy służebności grun- towej albo

b) prawa wspólnego posiadania lub użytkowania.

W wypadku pod a) jest każda prawem dozwolona prowokacyja także prawomocna, jeżeli przez wszystkie udział mające strony uprawnione, lub do cierpienia zobowiązane, wniesioną była.

Jeżeli jednak tylko niektóry z uprawnionych lub do cierpienia zobowiązanych posiadaczy grun- towych regulacyi lub wykupna żądażą, ma Komisja krajowa oceniać prawomocność prowokacyi, wedle przeważającej liczby głosów w ten sposób, że głosy posiadaczy gruntów, które wspólnie służebności ulegają, w stosunku rozległości tychże gruntów, głosy zaś posiadaczy wspólnie uprawnionych gruntów w stosunku udziału jaki każdy z tychże w użyciu służebności posiada, obliczo- nemi być mają.

Może jednakże w wypadkach pod b) każdy udział mający w prawie wspólnego posiadania i użytkowania skutecznie prowokacyja czynić, i od innych udział mających żądać, aby z swoją czę- ścią bez względu na jej wielkość z wspólnością był wykluczony, tylko wydzielenie mu jego części z wspólnością zającego gruntu (§. 14. Patentu Cesarskiego) jest względami w §. 5. Patentu z dnia 5. Lipca 1853 r. wyczekanymi, ograniczonem.

W taki sam sposób dopuszczalna jest prowokacyja, czyniona przez wielu udział mających, którzy w wspólnosci pozostać sobie zyczą, przeciwko temu lub tym pozostały udział z niemi mającym.

W każdym razie, wielu wspólnie prowokuju- cych, mają wspólnego pełnomocnika ustanowić i do prowokacyi umocowanie to dołączyć.

III. Każda prowokacyja czyniona przez strony i wnoszona o wykupno lub regulacyi służebności gruntów, ma tylko jedno oznaczone prawo służebne, które jednej albo wielu gminom, albo wielu osobom do tych gmin należącym, na tym samym służebnym gruncie służy, zawierać.

Przy prowokacyach co do wspólnego posiadania i użytkowania, ma być ta zasada zachowa- na, że dla każdego gruntu, który przez sie- stanowi przedmiot wspólnego posiadania lub użytkowania, oddzielna prowokacyja wniesioną być winna.

IV. Prowokacye mają być najdłużej do końca Sierpnia 1857 przez szczególne podanie do C. K. Komisji krajowej wykupna i regulacyi ciężarów gruntowych wniesionemi.

W razie uchybienia powyższego terminu, do- tkini prowokacyja sankcja w §. 42 Najwyższego Patentu z d. 5. Lipca 1853 oznaczona, z mocy której tenże koszta Komisji miejscowej, do której zesłania, przez opóźnione wniesienie żądania wykupna lub regulacyi, dał powód, ponieść będzie zobowiązany.

V. Niedokładne prowokacye będą prowokan- tom przy oznaczeniu stosownego terminu do po- prawy zwróconemi.

W razie jeżeli powtórne przedstawienie ju- udokładnionej prowokacyi w obecnie naznaczonym terminie nie nastąpi, tak to uważańem być ma, jak gdyby prowokacyja nigdy nie miała miejsca.

VI. Raz już wniesione i przyjęte prowokacye nie mogą być po upływie terminu przekluzynego, w Edyktie do wnoszenia prowokacyji oznaczonego, bez wyraźnego zezwolenia strony prowokowanej cofanemi lub odwoływanem.

Rozdział III.

O gólne Postanowienia.

I. Tak meldunki praw wykupnu lub regula- cyi z urzędu ulegających, jak i prowokacyje czynione co do praw, które w skutku wniesionego żądania stron urzędowemu postępowaniu ulegają, mają być dokładnie wedle instrukcyi do niniejszego Edyktu dołączonem*) i domieszczone tamże formularzy ułożonymi i przez takie osoby prawo- mocnie podpisani, które do wnoszenia tychże powo- lanemi są.

II. Meldunki i prowokacye stosownie do prze- pisów w niniejszym Edyktie i dołączonem doń In- strukcyi zawartych ułożone i Komisji krajowej przedstawione uzasadniają poniżej wymienione na- stepności prawne.

1. Wszyscy ci, którzy w zachodzącym uprawnie- niu, w posiadaniu uprawnionego lub służeb- ności obciążonego gruntu jakowy udział mają, tak jak mający udział w prawach wspólnego posiadania lub użytkowania, muszą wchodzić do otwartego w tym przedmiocie urzędowego postępowania.

2. Cyrkularzem Gubernialnym z 21. Listopada 1848 r. Nr. 14954, politycznym Instancjom udzielona kompetencja do postępowania i roz- strzygania sporów pomiędzy bylemi zwierzchno- sciami gruntowymi i ich poddanemi, o ile się takowa odnosi do utrzymania a względnie do

roszczenia praw, w ogólności Najwyższego Pa- tentem z dn. 5. Lipca 1853 r. N. 130 Zbioru

ustaw, wykupnu lub regulacyi z urzędu ule- gających, lub też dotyczy punktu w §. 7. rze- czonego Patentu wyczekanego, ma być od chwili otwarcia czynności przez miejscowe do przeprowadzenia wykupna i regulacyi ciężarów gruntowych ustanowić się mające Komisye na Komisję krajową wykupna i regulacyi ciężarów gruntowych przeniesioną, i tżże mają być wszelkie, u politycznych władz wszystkich instancji wiszące w owym czasie jeszczę stanowco nie rozstrzygnione postępowania, od- danemi.

3. W sporach co do tych praw, które w myśl Najwyższego Patentu z d. 5. Lipca 1853, tylko na wniesione żądania interesowanej strony mają wykupnu ulegać, przepisy pod 2. ustanowione co do kompetencji Komisji krajowej wykupna i regulacyi ciężarów gruntowych wchodzących dopiero w użycie, jeżeli przy otwar- ciu działań przez Komisye miejscowe, w za- chodzącym wypadku, prowokacyja istotnie miej- sce miała.

4. Co się dotyczy postępowan i rozstrzygania sporów, które nie już same prawa użytkowa- nia, służebności albo wspólnego posiadania, lecz jedynie naruszenie w posiadaniu tychże praw, albo sposób wykonywania tychże, lub wynagrodzenia za odmówione użytkowania za przedmiot mają, pozostaje z ustaw władzom politycznym służąca kompetencja nienaruszona i takie mają i nadal prawomocne decyzje władz politycznych wykonywać.

5. Wnoszenie skarg do sądu tak za utrzymaniem praw, jak przeciw ich roszczeniu, równie jak pod względem w §. 7. Patentu z dn. 5. Lipca 1853 r. wyszczególnionych punktów, nie znaj- duje już miejsca, a to ze względu na prawa z urzędu wykupnu lub regulacyi ulegających od chwili ogłoszenia niniejszego edyktu, co zaś dotyczy przez prowokacyja wykupować lub re- gulować się mających praw od terminu zarzą- dzonego przez Komisję krajową na skutek wniesionej prowokacyji postępowania.

6. Jeżeli skargi tego rodzaju przed sąd wycet- czonemi już zostały, to na wypadek jeżeli oby- dwie strony wstrzymania nie zażądają, w ja- kim